

saxGRÜN

Zeitschrift der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ausgabe Nr. 20 / Dezember 2014

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
im Sächsischen Landtag

Inhalt

Alles neu?	1/2
Editorial	2
Volkmar Zschocke	3
Claudia Maicher	
Valentin Lippmann	4
Wolfram Günther	
Eva Jähnigen	5
Gerd Lippold	
Franziska Schubert	6
Petra Zais	
Hauptsache, die Kohle stimmt	7
Prestigeprojekt Standortkonzept	
Perspektiven für die Parlamentsarbeit	
Klimakongress	8
Impressum	

Alles neu?

Der Start in die 6. Legislatur

Bei der GRÜNEN-Fraktion im Sächsischen Landtag hieß es im Spätsommer „alles neu macht der September“. Mit einem Ergebnis von 5,7 Prozent zogen die ersten acht KandidatInnen der Liste von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den Sächsischen Landtag ein. Nach der Mandatsniederlegung der ehemaligen Fraktionschefin Antje Hermenau war mit Eva Jähnigen nur noch eine „Altabgeordnete“ Teil der Fraktion.

Nun galt es, nach dem Ausnahmezustand Landtagswahl wieder Tritt im parlamentarischen Alltag zu fassen. Es war durch die erstmals zwischen GRÜNEN und CDU erfolgten Sondierungsgespräche schwieriger als sonst. Als sich Ende September GRÜNE und CDU entschieden hatten, keine Koalitionsgespräche miteinander aufzunehmen, begannen Abgeordnete wie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktion, sich auf die Arbeit in der Opposition einzustellen.

Der neue Fraktionsvorstand stand bereits fest; Mitte September hatten die Abgeordneten Volkmar Zschocke zum Fraktionsvorsitzenden, Claudia Maicher zur Stellvertreterin und Valentin Lippmann als Parlamentarischen Geschäftsführer gewählt. Nun konnten auch die Themengebiete endgültig untereinander aufgeteilt werden.

Wer was warum und mit welchem Ziel in der Fraktion übernommen hat, ist in dieser Ausgabe ab Seite 3 ausführlich nachzulesen. Auch Anzahl und Standorte der Regionalbüros stehen fest. Sie sind annähernd identisch mit denen der vorherigen Fraktion. Größere Veränderungen gibt es nur in Leipzigs Umgebung. Unter Gerd Lippold entsteht ein neues Büro in Borna, das Büro in Wurzen wurde aufgelöst.

Die Fraktion war mit der konstituierenden Sitzung des Landtags am 29. September im Großen und Ganzen startklar. Allerdings war der Landtag noch nicht so weit, da erst unter einer neuen Regierung die Geschäftsordnung für die 6. Legislatur beschlossen werden sollte. Ein Armutszeugnis, befand Valentin Lippmann. Denn Ursache für die Verzögerung war die „Verkehrung der Rollen von Regierung und Parlament. Es ist und bleibt ein nahezu einmaliger Vorgang, dass der Sächsische Landtag durch das Unvermögen von CDU und SPD in einen faktischen Stand-By-Modus versetzt wurde.“

In der November-Sitzung wurde dieser Zustand beendet und eine Geschäftsordnung verabschiedet, die für eine Belebung des Parlamentsbetriebs sorgt. Es soll künftig im Plenum neben der Fragestunde mit



Liebe Leserin, lieber Leser,

pünktlich zum Fest legen wir Ihnen und Euch die erste saxGRÜN dieser Wahlperiode unter den Weihnachtsbaum. Nachdem, was in den Monaten seit der Landtagswahl alles passiert ist, kommt die Zeit zur Ruhe, Besinnung und Einkehr gerade recht. Das bietet hoffentlich ausreichend Gelegenheit, die Ideen und Ziele der Abgeordneten der neuen GRÜNEN-Landtagsfraktion einmal nachzulesen. Mit dem Aufmacher wollen wir den Start in die 6. Legislatur rückblickend zusammenfassen. Einige parlamentarische Initiativen, die sich aus den ersten Arbeitswochen ergeben haben, sind auf Seite 7 zu finden.

Zwei Themen haben die politische Agenda in den vergangenen Wochen geprägt. Da ist zum einen der mögliche Verkauf der Lausitzer Braunkohlesparte von Vattenfall, zum anderen die heftig geführte Debatte um das Thema Asyl.

Mit dem Wunsch der Schweden, Vattenfall künftig auf erneuerbare Energien hin auszurichten, hätte für Sachsen die einmalige Chance bestanden, sich diesem Ziel anzuschließen und die Lausitz gleich mit auf diese Reise in die Zukunft zu schicken. Doch leider hält die neue Landesregierung unter schwarz-rot stur am energetisch und ökologisch vergangenen Kohlezeitalter fest. Anstatt selbst zu gestalten, lässt sie andere über die eigene Zukunft bestimmen.

Auch beim Thema Asyl macht die Staatsregierung eine traurige Figur. Innenminister Ulbig gibt den Hardliner, Petra Köpping als neue Ministerin für Integration muss seine Scherben aufsammeln und auf der Straße nimmt die Angst vor Fremden beängstigende Züge an. Der Bezug zur Friedlichen Revolution vor 25 Jahren wird leider nicht genommen, um für Freiheit, Selbstbestimmung und Solidarität einzutreten, sondern um sich abzuschotten.

So kurz vor Weihnachten sei daher der fromme Wunsch gestattet, dass sich auch



Foto: Simanowski

in Sachsen irgendwann die Erkenntnis durchsetzt, dass keiner von uns mehr Geschenke unterm Tannenbaum liegen hätte, wenn keine Flüchtlinge kommen würden. Dagegen können wir ganz immateriell unseren Horizont erweitern, wenn wir beginnen, Einflüsse und Erkenntnisse als Zugewinn zu empfinden.

Anne Vetter, stellv. Pressesprecherin
anne.vetter@slt.sachsen.de

vorher bekannten Inhalten eine Regierungsbefragung mit unbekannten Fragen geben. Der neue Prioritätenantrag ermöglicht es der GRÜNEN-Fraktion immerhin zwei Mal im Jahr, dass die Abfolge der Antragsbehandlung nach Stärke der Fraktionen aufgebrochen wird und wichtige Themen auch nachmittags und nicht ausschließlich zu nachtschlafener Zeit behandelt werden. Keine Änderungen gab es beim Zählverfahren im Parlament – es gilt weiterhin das D'Hondtsche Höchstzahlverfahren, das kleinere Fraktionen benachteiligt. Auch bei den Ausschüssen konnte die CDU nicht über ihren Schatten springen. Die Öffentlichkeit bleibt von den Sitzungen ausgeschlossen.

Auch wenn die formalen Regularien auf sich warten ließen, ging das Leben weiter. Die gescheiterte schwedische Minderheitsregierung aus Sozialdemokraten und Grünen sorgte in Sachsen für ein mittleres Erdbeben als auch dem Letzten klar wurde, dass sich der schwedische Vattenfallkonzern tatsächlich aus dem Braunkohlegeschäft zurückziehen und stärker auf erneuerbare Energien setzen soll. Wir wollen an dieser Stelle daran erinnern, wie oft wir in den vergangenen Jahren die „Wirtschaftspartei“ CDU darauf hingewiesen haben, dass es fatal ist, sich ganz auf einen Monopolisten zu verlassen,

der einem anderen Staat gehört. Nach den Bekenntnis aller Parteien im schwedischen Wahlkampf gegen Braunkohleverstromung im Portfolio von Vattenfall war klar, dass die bisherige Kohlestrategie der sächsischen Landesregierung nicht bis in alle Ewigkeit Bestand haben würde. In den Sondierungsgesprächen hatte sich die CDU bei diesem Thema jedoch völlig taub gestellt und jeden Versuch der GRÜNEN, hier erste Schritte gegen Neuausrichtung zu wagen, abgeblockt. Anstatt, wie es der grüne Energiepolitiker und Landtagsabgeordnete Gerd Lippold vorgeschlagen hatte, sich gemeinsam mit Vattenfall auf den Weg in eine Neustrukturierung der Lausitz zu begeben, mühen sich Ministerpräsident Stanislaw Tillich und sein Stellvertreter Martin Dulig, ein abenteuerliches Konzept nach dem anderen auszugraben, um weiter Dörfer und Kohle abzubaggern. Steckt dahinter vielleicht der geheime Plan, dann keine Strategie für einen Strukturwandel mehr entwickeln zu müssen, weil die Lausitz größtenteils in einem tiefen Loch verschwunden ist?

Ein weiteres Thema, das sowohl vor Ort als auch die Landespolitik bewegt, ist die Aufnahme von Flüchtlingen. Es war zwar seit langem absehbar, dass die Zahl der Asylsuchenden aufgrund weltweiter Kriege

und Krisen ansteigen musste. Doch aus Angst vor der AfD und vermutlich vieler eigener Vorbehalte, ließ die CDU wertvolle Zeit verstreichen, ein tragfähiges Konzept zur Unterbringung und Integration von Flüchtlingen zu erarbeiten. Lieber produziert Innenminister Markus Ulbig mit markigen Sprüchen zu nützlichen Flüchtlingen und Wirtschaftsflüchtlingen, kriminellen Ausländern usw. Schlagzeilen. Dass auf diese Weise eine ohnehin angespannte Situation weiter vergiftet wird, kommt ihm offenbar nicht in den Sinn. Immerhin gab es unter Beteiligung von Tillich, Ulbig und Petra Köpping als neuer Ministerin für Gleichstellung und Integration Ende November eine gemeinsame Konferenz mit Landkreisen und Kommunen zur Frage des künftigen Umgangs mit der steigenden Zahl Asylsuchender. Die Haushaltsverhandlungen werden zeigen, ob es um mehr ging als Symbolpolitik. Denn um ihre Ankunft in Sachsen zu erleichtern, brauchen die Flüchtlinge nicht nur ein Dach über dem Kopf, sondern auch professionelle Sozialarbeiter, die ihnen beim Neustart helfen.

Fazit: Die neuen Abgeordneten stecken bereits tief in alten Problemen. Hoffentlich wird es am Ende wenigstens ein paar neue Lösungsansätze geben.

Volkmar Zschocke

Fraktionsvorsitzender

„Für mich steht der Respekt vor der Würde Aller im Mittelpunkt meiner Arbeit“

Ich bin Volkmar Zschocke und von Anfang an bei den sächsischen GRÜNEN dabei. Ich engagierte mich über 20 Jahre in der Kommunalpolitik – erst im Kreistag, dann im Stadtrat. In der neuen GRÜNEN-Landtagsfraktion bin ich für Gesundheits- und Sozialpolitik, Verbraucherschutz, Tierschutz sowie für Kreislauf- und Abfallwirtschaft zuständig.

Für mich steht der Respekt vor der Würde und den Rechten Aller im Mittelpunkt. In meiner Arbeit als Sozialpädagoge habe ich viele Menschen in schwierigen Lebenssituationen kennengelernt. Daher will ich meine Aktivität in der parlamentarischen Opposition auf Umstände ausrichten, die die Selbstbestimmung, die Teilhabe sowie die Schutzansprüche jedes Einzelnen in jedem Alter und jeder Lebenssituation einschränken oder verletzen. Das gilt vor allem für Behinderte und SeniorInnen. Die zunehmenden Probleme in der Pflege habe ich dabei besonders im Blick. Aber auch bei der Aufarbeitung von prägenden Verletz-

ungen und Unrecht aus der DDR-Zeit gibt es in Sachsen noch einiges zu tun.

Obwohl ich das erste Mal Landtagsabgeordneter bin, ist mir der Landtag als Landesvorsitzender der GRÜNEN und aus meiner Arbeit für den früheren GRÜNEN Abgeordneten Johannes Lichdi seit zehn Jahren vertraut. Durch die Arbeit mit Johannes Lichdi wurde auch mein Interesse geweckt, mich intensiver mit der Abfallpolitik im Freistaat zu beschäftigen. Egal, ob gefährliche Müllimporte, die häufigen Abfallbrände oder auch Rohstoffbewusstsein und Wertstoffwiederverwendung – das Thema spielt in Sachsen eine große Rolle.

Ich will mich zudem für Tierschutz und Tierrechte vor allem in der Nutztierhaltung stark machen. Das hat nicht nur Auswirkungen auf das Tierwohl, sondern auch auf die Gesundheit der VerbraucherInnen und AnwohnerInnen.

Einer wachsenden Zahl von kritischen BürgerInnen geht es um gesunde Ernährung, um Lebensmittelsicherheit oder den



Schutz vor Gesundheitsgefahren. Ich verstehe mich als Partner dieser engagierten BürgerInnen, die sich direkt über mich in die Landespolitik einmischen können.

Claudia Maicher

stellvertretende Fraktionsvorsitzende

„Ich will in Sachsen keine diskussionsbefreite Zone, sondern lebendige Demokratie“



Die ersten Wochen der 6. Legislatur sind vorbei. Die Parlamentsarbeit hat verzögert und mit Pannen begonnen. Dass der Eid des Ministerpräsidenten doppelt erfolgte, ist hoffentlich kein schlechtes Omen. Landtags- und Ministerpräsident vergaßen das Versprechen „Schaden vom Volk zu wenden“. Meine Fraktion vergisst das nicht. Sie hat mit Initiativen zur Stärkung des Parlaments, zur Finanzierung von Schulsozialarbeit und Hochschulen sowie zum Einstieg in den Braunkohleausstieg Akzente gesetzt.

Mit vielen Ideen und Neugier habe ich mich in die neuen Aufgaben gestürzt. Als stellvertretende Fraktionsvorsitzende will ich dafür sorgen, dass wir der schwarz-roten Staatsregierung angriffslustig, in der Sache klar und öffentlich wahrnehmbar entgegen-treten. Wo immer eine moderne sächsische Stimme für Ökologie und Bürgerrechte fehlt, werden wir da sein. Ich will in Sachsen keine diskussionsbefreite Zone, sondern lebendige Demokratie.

Warum mache ich Politik? Es fehlt an vielen Stellen in Sachsen an Vielfalt, Freiheit, Kreativität und Innovation. Für mich sind sie

der Antrieb der Gesellschaft. Nicht nur weil mich meine Kinder täglich daran erinnern, weiß ich, dass wir die Verantwortung für Sachsens Zukunft tragen.

Ich bin in den kommenden Jahren für Hochschulen, Wissenschaft, Kultur und Medien aktiv. Ich will attraktive Hochschulstandorte, von denen nicht nur Wissenschaft und Studierende profitieren, sondern auch Städte, Regionen und Unternehmen. Die Grundfinanzierung der Hochschulen muss erhöht werden. Als langjährige Mitarbeiterin an der Universität Leipzig weiß ich, wovon ich rede. Und wer wie ich viel durch Sachsen gereist ist, dem ist klar, wie vielfältig unsere Kultur jenseits von Semperoper, Gewandhaus und Thomanerchor ist. Diese Vielfalt zu erhalten, kulturelle Zugänge für alle zu ermöglichen, ist eine Herausforderung.

Die Zusammenarbeit mit Hochschulvertretern, Kulturschaffenden und Medienakteuren bereichert nicht nur meine politische Arbeit. Sie zeigen, was wichtig für Sachsen ist. Dafür lohnen sich lange Sitzungen und die manchmal mühsame Bearbeitung von Parlamentsinitiativen.

Valentin Lippmann

Parlamentarischer Geschäftsführer



Ich bin Innenpolitischer Sprecher der Fraktion und Sprecher für Datenschutz und Demokratie. Damit vertrete ich die GRÜNE-Fraktion im gerade für Sachsen wichtigen

Themenfeld Bürgerrechte. Hier ist viel zu tun. Denn der Schutz der Bürgerrechte wird bei der neuen schwarz-roten Koalition kaum eine Rolle spielen. Das beweist nicht zuletzt deren Plan, die automatisierte Kennzeichenerfassung in Sachsen auszuweiten. Zur Innenpolitik bin ich über mein Engagement bei „Dresden nazifrei“ gekommen. Wer in Sachsen gegen Neonazis demonstriert, wird zum Kämpfer für mehr Bürgerrechte – gegen staatliche Willkür. Ich will mich daher in nächster Zeit vor allem einer besseren Kontrolle der Polizei widmen.

Als Parlamentarischer Geschäftsführer meiner Fraktion bin ich für die Koordination unserer parlamentarischen Initiativen und die Mitorganisation der parlamentarischen Abläufe zuständig. Der Sächsische Landtag hat sich nach einem intensiven und guten Beratungsprozess unter den Parlamentarischen Geschäftsführern eine neue Geschäftsordnung gegeben. Auch wenn einige wichtige Punkte, wie die grundsätzliche Öff-

„Ich kämpfe für den Schutz und die Stärkung von Bürgerrechten“

fentlichkeit der Ausschusssitzungen keinen Eingang in die Geschäftsordnung finden konnten, wurden viele wichtige Verbesserungen erzielt, die künftig – hoffentlich – die Sitzungen des Landtags beleben werden. So wird es ab sofort einmal pro Plenarwoche eine Befragung der Staatsregierung geben, in der sich einzelne Ministerinnen und Minister den Fragen des Parlamentes stellen müssen, ohne diese vorher im Detail zu kennen. Damit wird die Staatsregierung in die Situation gebracht, sich für ihr politisches Handeln zu rechtfertigen.

Die ersten Wochen im Landtag waren für mich sehr intensiv – vor allem wegen der Geschäftsordnungsverhandlungen. Ich musste bereits in der konstituierenden Sitzung des Landtags ans Mikrofon treten und in der Novembersitzung die Position der GRÜNEN-Fraktion zur Geschäftsordnung vertreten. Das war ein Schmiss ins kalte Wasser, aber dafür lernt man schnell, wie dieser Landtag funktioniert.

Wolfram Günther

Ich beackere als neuer Landtagsabgeordneter der GRÜNEN die Themen Umwelt, Landwirtschaft und Stadtentwicklung/Denkmalschutz. Bereits zu DDR-Zeiten bin ich als gebürtiger Leipziger mit umweltpolitischen Themen in Berührung gekommen. Auf dem Weg zur Schule konnte ich täglich den Smog über der Stadt sehen. Und die Flüsse hatten eine richtige Schaumkrone.

Möglicherweise waren es diese frühen Erfahrungen mit Umwelt- und Naturzerstörung, die meinen Lebensweg entscheidend vorbestimmt haben: Als Teilnehmer der Friedensgebete teilte ich als 15-Jähriger den Drang der Menschen nach Veränderung. Nach dem Abitur verschlug es mich jedoch zunächst nach Düsseldorf, wo ich eine Ausbildung zum Bankkaufmann absolvierte.

Ich merkte allerdings schnell, dass nach der ersten Euphorie 1989 Ernüchterung einsetzte. Denn auch in Westdeutschland gab es Machtnetze, die über die Köpfe anderer entschieden. Um tatsächlich mitzubestimmen, musste ich mich einmischen. Ich ging zurück nach Leipzig und kandidierte dort 1994 auf der Liste von BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN für den Stadtrat. Gleichzeitig nahm ich ein Jurastudium auf, zwei Jahre später folgte ein Studium der Kunstwissenschaften und Kulturgeschichte. Auch das hing mit der Zeit vor 1989 zusammen. Wir wollten damals nicht nur den Staat verändern, sondern auch unsere Kulturschätze, Dörfer und Städte retten, die zusehends verfielen.

Das alles scheint bei den Regierenden in Vergessenheit geraten zu sein. Noch immer fließen in großem Stil Fördermittel, um ortsbildprägende Häuser abzureißen oder Massentierhaltungsanlagen in die Landschaft zu setzen, anstatt den ländlichen Raum attraktiver zu machen. Wir müssen weiter zusehen, dass Dörfer für den Braunkohleabbau abgebaggert werden. Das alles möchte ich ändern.

Meine Leidenschaft für Umwelt, Tiere und Denkmalschutz reicht bis in mein Privatleben. Im mittelsächsischen Königsfeld habe ich einen alten Vierseitenhof erworben, wo ich mit meiner Familie, einem Pferd und mehreren Schafen lebe. Ein idealer Ort, um Kraft für die politische Arbeit zu tanken.

„Mit Leidenschaft für Umwelt, Tiere und Denkmalschutz“



Eva Jähnigen

Ich vertrete die GRÜNE-Fraktion im Ausschuss für Recht und Verfassung. Mir liegen insbesondere mehr Transparenz staatlichen Handelns sowie die Themen Gleichstellung und Antidiskriminierung am Herzen. Darauf freue ich mich, da mich der frauenpolitische Zweig der kirchlichen Bürgerrechtsbewegung bereits vor 1989 geprägt hat.

Gleichstellung und staatliche Transparenz sind Politikgebiete, in denen Sachsen heute noch großen Nachholbedarf hat. Der Wunsch nach mehr direkter Demokratie ist im Koalitionsvertrag von CDU und SPD beispielsweise nur unverbindlich zur Prüfung vorgesehen. Als gelernte Anwältin will ich außerdem für bürgernahe, gut arbeitende Gerichte eintreten, die Arbeit des Strafvollzugs begleiten und aufmerksam die Arbeit der Staatsanwaltschaft unter dem neuen Justizminister verfolgen. Außerdem vertrete ich die Fraktion im Wahlprüfungsausschuss, der in den kommenden Monaten über alle Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern

gegen die Landtagswahl beraten und entscheiden muss.

Die Verkehrspolitik gehört ebenfalls zu meinen Aufgabengebieten. Wie in der vergangenen Legislatur werde ich mich für die bessere Finanzierung des Öffentlichen Verkehrs und die Umsetzung unseres Konzepts SACHSENTAKT 21 mit einem sachsenweiten Tarif einsetzen. Dass unser Konzept als Prüfauftrag Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden hat, ist ein Achtungserfolg – garantiert aber nicht seine Umsetzung. Zusammen mit Fahrgastvertretungen, Umweltverbänden und Fachleuten will ich die Regierung hier zum Handeln treiben. Selbstredend werden die Verbesserungen für Rad- und Fußverkehr, Lärmschutz und Verkehrssicherheit weitere Schwerpunkte bleiben.

Meine erste Veranstaltung mit den neuen Fraktionskolleginnen und -kollegen war die 4. Kommunalkonferenz. Unsere Runde der GRÜNEN MandatsträgerInnen aus Land und Stadt war groß wie nie. Wir haben uns

„Mir liegen staatliche Transparenz und Gleichstellung am Herzen“



insbesondere über die Flüchtlingspolitik vor Ort ausgetauscht. Außerdem gab es erstmals ein Vernetzungstreffen GRÜNER Kommunalpolitikerinnen. Das hat (nicht nur) mich motiviert.

Gerd Lippold

Unsere Landtagsfraktion hat mir die Verantwortung für Energie- und Klimapolitik sowie Wirtschafts- und Technologiepolitik übertragen. Eine spannende Aufgabe.



Sie verknüpft ein Themenfeld, in dem wir GRÜNEN anerkannte Kompetenz täglich neu unter Beweis stellen mit einem Bereich, in dem wir GRÜNEN viel mehr drauf haben, als man uns gemeinhin zubilligt.

Vor einem Jahr war die parlamentarische Arbeit im Landtag für mich noch eine fixe Idee, in vielen Gesprächen in unserer Landesarbeitsgemeinschaft gewachsen. Gefestigt wurde sie durch die Vision, von der Bühne des Parlamentes aus, unsere Mahnungen, Konzepte und grünen Ideen wirksamer ins Land tragen zu können.

Nun ist aus dieser Idee Realität geworden. Am Morgen des 13. November habe ich mir zum letzten Mal vorgestellt, wie es sein würde, erstmals am Rednerpult des Landtags zu stehen. Es ging um ein Thema, das mich durch die Wahlkämpfe begleitet hat und nach der Wahl mit der Diskussion um Vattenfall sofort auf der Tagesordnung stand. Es wurde laut, fast schon turbulent im Landtag – denn es ging um Sachsens besonderes Verhältnis zur Kohle.

In der Energiepolitik mussten wir einen Blitzstart hinlegen, bevor überhaupt eine

„Es ist mein Ziel, Energie, Klimaschutz und nachhaltigem Wirtschaften eine Stimme zu geben“

neue Staatsregierung existierte. Themen und deren Kommunikation entwickeln manchmal sehr rasch Eigendynamik. Nun gilt es, immer das richtige Maß zwischen spontanem Reagieren und dem strategischen Bearbeiten von Themen und Vorhaben zu finden.

Mein Einzug in den Landtag ergibt für unsere Wählerinnen und Wähler und die GRÜNE Partei nur Sinn, wenn ich von hier aus unsere Themen wirksamer voran bringen kann als außerhalb des Parlamentes. Dazu reicht fachlich gute Arbeit allein nicht aus. Die Wirkung muss ins Land hinaus reichen. Wenn wir es schaffen, mit unseren grünen Themen die Menschen zu bewegen, wirken sie um ein Vielfaches verstärkt auf dieses Parlament zurück, in dem wir sie als kleinste Oppositionsfraktion auf die Tagesordnung bringen.

Es ist mein Ziel, einer echten Energiewende, einem wirksamen Klimaschutz und einer nachhaltig angelegten Wirtschaftspolitik eine kompetente, hörbare und mit uns GRÜNEN fest verbundene Stimme zu geben.

Franziska Schubert

„Ich möchte, dass wir bei Haushalt und Finanzen kompetent und gleichberechtigt mitreden“

Meine Themengebiete im Landtag sind Haushalt, Finanzen und Petitionen. Außerdem bin ich für sorbische Angelegenheiten und Religion zuständig. Ein wichtiges Querschnittsfeld ist für mich der ländliche Raum, wo ich herkomme. Ich bin in Löbau geboren, in Neugersdorf aufgewachsen und lebe auch heute wieder dort. Von Beruf her bin ich Wirtschafts- und Sozialgeografin; studiert habe ich in Osnabrück und Budapest.

Ich bin durch meine Lebenshaltung zu den GRÜNEN gestoßen und im Kreisverband Görlitz Mitglied. Es ist meine feste Überzeugung, dass wir mit unseren GRÜNEN Ideen die Gesellschaft nachhaltig gestalten können. Meine langjährige Arbeit in der Umweltbildung zeigt mir das sehr deutlich.

Die ersten Wochen im Landtag waren turbulent. Ende September rückte ich für Antje Hermenau nach, wodurch mein Leben ordentlich durcheinandergewürfelt wurde. Mein Aufgabenfeld ist spannend und herausfordernd. Hier einen eigenen Weg zu finden – das ist nicht nur eine

tägliche Aufgabe in den endlosen Fluren des Landtags sondern ebenso in meinem Fachbereich und in der Fraktion.

Im Bereich Haushalt und Finanzen möchte ich mir eine Kompetenz erwerben, die uns ein gleichberechtigtes Mitreden ermöglicht. Die Abwägungen zwischen programmatischen Forderungen und den eng gesetzten Rahmenbedingungen des Landeshaushalts werden nicht einfach. Die Staatsregierung gilt es, stetig zu mahnen – zum Wohl Sachsens und seiner Menschen. Idealismus, Pragmatismus und konstruktive Kritik – eine echte Herausforderung.

Außerdem habe ich mir vorgenommen, den ländlichen Raum und Ostsachsen engagiert zu vertreten. Als erste und einzige GRÜNE Stadträtin in meiner Heimatstadt sowie Kreisrätin erfahre ich Probleme und Nöte der Kommunen aus erster Hand. Bei aller Arbeit will ich den Kontakt zu den Menschen meiner Umgebung nicht missen. Dafür engagiere ich mich weiter vor Ort – als Vorsitzende des LEBENS(T)RÄUME e.V., mit



dem wir ein Kultur- und Bildungszentrum betreiben und eigenen Stadthonig herstellen sowie als Koordinatorin des Bündnis Zukunft Oberlausitz, einem regionalen Zukunftsnetzwerk.

Petra Zais

„Ich will im Bildungsbereich neue Akzente mit der Konzentration auf die Übergänge Schule-Ausbildung-Beruf setzen“



Für mich wird der 31. August 2014 unvergesslich bleiben. Nachdem schnell feststand, dass ich ein Mandat im 6. Sächsischen Landtag erreicht hatte, kamen sofort die Fragen nach der praktischen Umsetzung dieser Herausforderung. Wie wird die Aufgabenverteilung in der neuen Fraktion sein? Welche Ressourcen stehen für die parlamentarische Arbeit zur Verfügung? Wo sind Anknüpfungspunkte aus der vorherigen Legislatur, wo kann ich neue Akzente setzen?

Ich habe Verantwortung für die Bereiche Bildung, Migration und Arbeitsmarkt sowie Sport übernommen. Bildung ist neu für mich und ich trete in große Fußstapfen. Hochachtung vor dem, was in der 5. Legislatur von der Fraktion hier geleistet wurde. Für mich steht die kritische Begleitung der Koalitionsvereinbarung zur Senkung des Betreuungsschlüssels in Kitas ebenso auf der Agenda wie die geplante Einstellung von mehr Lehrerinnen und Lehrern. In ersten Gesprächen mit dem Landesschülerrat und dem Verband der Berufsschullehrer wurde bereits deutlich, dass mit der Freude über die angekündigten Schritte auch die Sorge

umgeht, in welchem Zeitraum der Stellenzuwachs erfolgen soll.

Neue Akzente will ich im Bildungsbereich mit der Konzentration auf die Übergänge Schule-Ausbildung-Beruf und der stärkeren Beachtung migrationspolitischer Aspekte setzen. Wie viele Sachsen wollen auch wir GRÜNE ein offenes Land mit einer Kultur, die fremde Menschen akzeptiert und als Bereicherung empfindet. Angesichts zunehmender Angriffe auf Flüchtlinge und öffentlicher Diffamierung des Islam gilt es, jetzt diesen Diskurs zu führen – das wird mein Job im Landtag sein. Auch das Thema Rechtsextremismus begleitet mich weiter. Hier will ich nach der Analyse aktueller Entwicklungen Strategien für die Auseinandersetzung entwickeln. Gemeinsam mit NGOs möchte ich daraus folgend Veranstaltungen für die Kreisverbände anbieten.

Meine Enkelin Merle fragte mich kürzlich, was besonders schön und was besonders mies im Landtag sei. Meine Antwort: „Besonders schön ist der Elbe-Blick aus meinem Arbeitszimmer, besonders mies ist das Kantinenessen.“

Prestigeprojekt Standortkonzept entpuppt sich als überteuerter Umzugszirkus

Politisch ist das von der alten CDU/FDP-Koalition geliebte Standortkonzept zwar gerade nicht en vogue, finanziell kann es der neuen CDU/SPD-Landesregierung jedoch heftig auf die Füße fallen.

Im Oktober dieses Jahres legte der Landesrechnungshof einen Bericht zu Kostensteigerungen vor, der es in sich hat. Danach sollen allein die Bauinvestitionen im Bereich der Finanzämter statt der geplanten 64,3 Millionen Euro voraussichtlich 102,2 Millionen Euro betragen. Das sind fast 60 Prozent mehr als der ehemalige Justizminister Jürgen Martens (FDP) 2011 auf Anfrage der GRÜNEN mitgeteilt hatte. Auch über die Personaleinsparungen wurde der Landtag falsch informiert: Anstatt der 2011 vorgesehenen 314 Stellen werden durch die Fusion nur 66 eingespart.

„Wenn die Kosten bereits im Finanzressort derart explodieren, sind auch Kostensteigerungen in anderen Bereichen zu befürchten. CDU und SPD dürfen sich bei dem Thema nicht wegducken“, erklärt Volkmar Zschocke, Fraktionsvorsitzender der GRÜNEN. „Jetzt müssen alle Zahlen und Feinkonzepte auf den Tisch, um weiteren Fehlentwicklungen vorzubeugen.“

Die GRÜNE-Fraktion erwartet von der Staatsregierung eine Kosten-Nutzen-Bilanz zum Standortkonzept, in dem für jedes

Ressort die geplanten Baubruttokosten sowie die Personalkosten aufgeschlüsselt werden. Diese sollen etwaigen Einsparungen für aufgegebene Mietobjekte, vermiedenen Sanierungsmaßnahmen und echten Synergieeffekten beim Personal gegenüber gestellt werden.

Die GRÜNE-Fraktion hatte vorahndend in der vergangenen Wahlperiode eine Große Anfrage zum Standortkonzept eingereicht. Dabei war deutlich geworden, dass die CDU/FDP-Regierung keine Vorstellung hatte, was die Behördenumzüge tatsächlich kosten.

Weitere Informationen

Antrag: Aktualisierte Kosten-Nutzen-Bilanz zur Umsetzung des Standortkonzepts unverzüglich vorlegen (Drs. 6/363)
<http://gruenlink.de/uww>

Sächs. Rechnungshof, Jahresbericht 2014, Band 1: Staatsverwaltung, S. 188ff
<http://gruenlink.de/uwy>

Große Anfrage (GRÜNE): Standortkonzept der Staatsregierung (Drs. 5/5648)
<http://gruenlink.de/uwz>

Perspektiven für die Parlamentsarbeit

Wir brauchen mehr staatliche Transparenz. Dazu ist die Arbeitsweise des Sächsischen Landtags ein Schlüssel. Die GRÜNE-Fraktion hat daher als ersten Gesetzentwurf ein Parlamentsinformationsgesetz eingebracht. Frei nach dem Motto: Abgeordnete sind Volksvertreter, keine Außenstelle der Regierung, fordern wir eine stärkere Einbindung des Parlaments und mehr Rechte für Abgeordnete. Ihr vorrangiges Ziel sollte es sein, gute Gesetze für alle BürgerInnen zu machen. Voraussetzung dafür sind umfassende, frühzeitige Informationen. Dieser Gesetzentwurf will den Abgeordneten endlich ein Recht auf Einsicht in Akten der Regierung und der Landesverwaltung geben. Kommunale Abgeordnete werden sich darüber wundern. Für sie es normal, Akten der kommunalen Verwaltung einzusehen. Die Mitglieder des Landtags sind jedoch allein auf Auskünfte der Regierung angewiesen, die oft spärlich fließen. Es ist beredt, dass die alte Staatsregierung an prominenter Stelle im landesinternen Web „Textbausteine zur Begründung der Verweigerung der Antwort auf Kleine Anfragen“ eingestellt hatte. Der GRÜNE-Gesetzentwurf zieht klare Grenzen für künftige Antwortverweigerer, damit der Verfassungsgerichtshof nicht ständig mit dem Einklagen der Rechte von Abgeordneten beauftragt werden muss. Darüber hinaus erwarten wir eine frühzeitige Einbeziehung der Abgeordneten in Gesetzesvorhaben der Regierung sowie Entscheidungen mit Bezug auf Europa und den Bund. Angesichts der schnellen und komplexen Entscheidungsprozesse überregionaler Politikentscheidungen muss das Standard werden.

Hauptsache, die Kohle stimmt?

Pödelwitz vor der MIBRAG schützen!

Etwa zehn Prozent der Kohle, die die Mitteldeutsche Braunkohlengesellschaft (MIBRAG) im Süden von Leipzig im Tagebau „Vereinigtes Schleenhain“ fördert, wird nicht verstromt. Stattdessen geht sie zur Wärmeerzeugung an die Firmen Südzucker, Crop-Energies Bioethanol und den ROMONTA Firmenverbund. Diese Antwort auf eine Kleine Anfrage von Gerd Lippold, energiepolitischer Sprecher der GRÜNEN-Fraktion, erscheint zunächst unspektakulär.

Bettet man die Zahlen in einen größeren Zusammenhang ein, insbesondere die Auseinandersetzung um die Abbagerung von Heuersdorf (endgültig 2010), erscheinen die Antworten in einem anderen Licht. Im zweiten Heuersdorfgesetz 2004 wurde der

Eindruck erweckt, dass der Betrieb des Kraftwerks Lippendorf nur abgesichert werden könne, wenn Heuersdorf zugunsten der darunter liegenden Kohle zerstört würde. Unter dem Ort wurden rund 52 Millionen Tonnen Kohle erwartet. Genug, um das Kraftwerk vier Jahre zu befeuern. Wenn man jetzt, kurze Zeit später, zehn Prozent der Braunkohle „übrig“ hat, liegt der Schluss nahe, dass die Abbaggerung für den Betrieb nicht nötig gewesen ist.

Spätestens mit Blick auf Pödelwitz, das auf Wunsch der MIBRAG ebenfalls der Braunkohle weichen soll, entwickelt der Fall Brisanz. Mit welcher Gemeinwohl-Begründung wird die MIBRAG dieses Mal versuchen, an die Kohle zu kommen? Die

Menge unter Pödelwitz reicht für ca. ein Jahr Kraftwerksbetrieb.

Angesichts der Faktenlage fordert Lippold von der neuen Staatsregierung, Pödelwitz zu schützen und das Bundesberggesetz ernst zu nehmen: „Es sieht vor, die Sicherung der Rohstoffversorgung bei sparsamem und schonendem Umgang mit Grund und Boden zu ordnen und zu fördern. Die MIBRAG baggert nicht nur so viel Landschaft ab, wie zur Absicherung der Kohleverstromung in Lippendorf erforderlich ist. Sie fördert so viel Braunkohle, wie sich irgendwo billig verheizen lässt.“

Insbesondere mit Blick auf einen möglichen Verkauf der Braunkohlensparte von Vattenfall an die MIBRAG lässt diese Geschäftspraxis nichts Gutes für die Lausitz befürchten.

Rückblick Klimakongress 2014

Über 250 Gäste diskutierten auf Einladung der GRÜNEN-Fraktion

Bereits zum 8. Mal fand in diesem Jahr der Sächsische Klimakongress der GRÜNEN-Landtagsfraktion statt. Diesmal lautete die Leitfrage: „Ist die Erderwärmung noch zu stoppen?“. Auch wenn uns diese Frage seit Jahren umtreibt, bleibt sie aktuell. Wie Dr. Silke Beck, Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung Leipzig, in ihrem Vortrag ausführte, hat die Wissenschaft ihre Erkenntnisse zu dieser Frage beigetragen und durch jahrelange Forschungen detailliert untersucht. Das Problem: Mehr Wissen löst – wie wir seit langem sehen – die Probleme nicht. Die Kluft zwischen Reden und Handeln wird größer, lautete die Analyse. Und:

Es ist Aufgabe der Politik nach Lösungen zu suchen, die vor Ort umsetzbar sind. In den insgesamt sieben Foren u. a. zu Elektromobilität, Logistik, Stadtentwicklung und Wärmenutzung begaben sich die rund 250 Gäste sowie Referenten des Kongresses auf die Suche nach Möglichkeiten im Alltag nachhaltiger zu leben und zu wirtschaften. Dazu gehörte auch die Frage, an welche Grenzen diese Vorschläge stoßen und woran die Umsetzung scheitert. Informationen zu den einzelnen Vorträgen und Foren auf der Fraktions-Website unter:

<http://gruenlink.de/uul>



Publikationen



Bestellen

Das Faltblatt zu unseren acht Abgeordneten sowie weitere Materialien können per E-Mail bestellt werden über: publikationen@gruene-fraktion-sachsen.de

Papier sparen im Alltag.

Unser Angebot:

Wir schicken Ihnen die saxGRÜN weiterhin zu, aber nicht in Papierform sondern per Mail als PDF.



Senden Sie uns eine Mail an publikationen@gruene-fraktion-sachsen.de

Zur Ummeldung benötigen wir ihre bisherige Postadresse sowie eine gültige E-Mail-Adresse.

Impressum

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351 / 493 48 00
Telefax: 0351 / 493 48 09
E-Mail: gruene-fraktion@slt.sachsen.de

Redaktion: Anne Vetter (V.i.S.d.P.),
Grit Ebert, Andreas Jahnel